

NIEDERSCHRIFT

17.05.2018

über die 6. öffentliche Sitzung der VI. Wahlperiode der Verbandsversammlung
des Regionalverbandes Großraum Braunschweig am Donnerstag, 03.05.2018 um 17.30 Uhr
in Braunschweig, Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1

Anwesend:

(in Klammern verhindert)

Mitglieder der Verbandsversammlung

Abrahms, Ralf	Kramer, Michael
Baas, Hans-Hermann	Lange, Frank
Bachmann, Hans-Georg	Lohse, Andreas
(Bachmann, Klaus-Peter)	Lühns, Friedrich
(Backhaus, Rolf-Dieter)	Manlik, Reinhard
Belte, Wolfgang	(Meier, Volker)
Bosse, Marcus	Metje, Hans
Bratmann, Christoph	Müller, Carsten
Brinkmann, Brigitte	Müller, Prof. Dr. Norbert
Dirksmeyer-Vielhauer, Telse	(Oesterhelweg, Frank)
Disterheft, Matthias	(Pantazis, Dr. Christos)
Dittmar, Gisela	Pifan, Simone
Dreß, Hans-Peter	Plonz, Volkhard
(Egbers-Schoger, Dennis)	(Poetsch, Klaus)
Emmerich-Kopatsch, Petra	Retzlaff, Julia
Enversen, Sabah	Rieck, Carsten
Fischer, Christine	Rotzek, Bernd
(Geertsema, Monika)	Scherf, Gunnar
Götz, Rudolf	Schmidt, Frank
Grziwa, Karl	Schneider, Wolfgang
Hensel, Falk	Schrader, Kurt
Herlitschke, Holger	Schramm, Ingo
Jainta, Wolfgang	Schwarz, Jan
Jakubowski, Bernd	Tanke, Detlef
(Kassel, Peter)	Volkman, Hans-J.
Kentner, Elke	vom Hofe, Anneke
Klein, Stefan	Warnecke, Werner
Koch, Manfred	Wockenfuß, Nicole
Köllner, Marion	Zeidler, Joachim

Verwaltung

Brandes, Hennig	Hahn, Manuela
Rössig, Fritz	Tegethoff, Michael
Hild, Jens	

Herr Tanke eröffnet die Sitzung der Verbandsversammlung um 17.35 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet der stellv. Stadtbaurat der Stadt Braunschweig, Herr Klaus Hornung, Grußworte an die Mitglieder der Verbandsversammlung.

Anschließend stellt Herr Tanke fest, dass die Verbandsversammlung, auch unter Abkürzung der Ladungsfrist auf 2 Tage, ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Entschuldigt fehlen: Herren Egbers-Schoger, Meier, Oesterhelweg und Poetsch.

Zur Tagesordnung gibt Herr Tanke bekannt, dass es zu den Punkten 6 und 8 jeweils eine Ergänzungsvorlage gebe, die jeweils die Ergebnisse der Beratung im Verbandsausschuss am 26.04.2018 hierzu zum Gegenstand hätten. Daneben habe die Fraktion der SPD zu der Beschlussvorlage Nr.: 2018/21 (Regionalbahnkonzept 2014+) im Verbandsausschuss eine Anfrage gestellt, die die Verbandsverwaltung mit Informationsvorlage Nr.: 2018/27 beantwortet habe.

Weiterhin habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE „Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land“ vorgelegt.

Zur Tagesordnung wünscht Herr Plonz das Wort und fragt, ob abweichend von der vorgesehenen Tagesordnung jener Punkt zur Beratung vorgezogen werden könne, an dem offenbar die zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer interessiert seien.

Aufgrund des überschaubaren Umfangs der Tagesordnung insgesamt wird hierfür von den Mitgliedern der Verbandsversammlung keine Notwendigkeit gesehen. Herr Tanke lässt über die Tagesordnung abstimmen. Die Verbandsversammlung stimmt bei 2 Enthaltungen der vorgelegten Tagesordnung vom 24.04.2018 zu.

Die Verbandsversammlung tritt anschließend in die Beratung folgender Tagesordnungspunkte ein:

Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 07.12.2017

Punkt 2

Mitteilungen

- a) des Verbandsvorsitzenden
- b) des Verbandsdirektors

Punkt 3

Anfragen

Punkt 4

Beschluss über den Jahresabschluss 2016 und über die Entlastung des Verbandsdirektors für das Haushaltsjahr 2016 gem. § 129 NKomVG

Beschlussvorlage Nr.: 2018/19

Punkt 5

Regionales Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig 2008
hier: Neuaufstellung und Bekanntgabe der allgemeinen Planungsabsichten
Beschlussvorlage Nr.: 2018/18

Punkt 6

Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig
hier: Beschluss des Konzeptes
Beschlussvorlage Nr.: 2018/16/ Ergänzungsvorlage 2018/16-E 1

Punkt 7

Regionalbahnkonzept 2014+
Untersuchung von Möglichkeiten zur Optimierung der Infrastruktur der DB Netz AG zur Erhöhung der Bedienungs- u. Betriebsqualität im nördlichen Harzvorland – Beauftragung von Planungen
Beschlussvorlage Nrn.: 2018/21 u. 2018/21- E 1

Punkt 8

Realisierung von Radschnellwegen im Großraum Braunschweig
Beschlussvorlage Nr.: 2018/26/Ergänzungsvorlage 2018/26-E 1

Punkt 9

Anträge

9.1

Kosten-Nutzen-Bewertung der Reaktivierung der Bahnstrecke Braunschweig-Harvesse
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU

9.2

Einhaltung der 5km Schutzzone Elm
- Antrag der Fraktion der AfD –

9.3

Berücksichtigung der WEA außerhalb des Regionalverbands bei dem Mindestabstand von 5km zwischen Vorranggebieten für Windenergienutzung
- Antrag der Fraktion der AfD –

9.4

Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land
- Antrag der Fraktion DIE LINKE, gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD u. CDU,
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis/Die Grünen -

Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 07.12.2017

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„Die Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 07.12.2017 wird genehmigt.“

Punkt 2

Mitteilungen

a) des Verbandsvorsitzenden

Herr Tanke macht keine Mitteilungen.

b) des Verbandsdirektors

Herr Brandes macht keine Mitteilungen.

Punkt 3

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Punkt 4

Beschluss über den Jahresabschluss 2016 und über die Entlastung des Verbandsdirektors für das Haushaltsjahr 2016 gem. § 129 NKomVG

Berichterstatte: Herr Tanke

Die Verbandsversammlung beschließt bei 2 Enthaltungen mehrheitlich:

- „1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gem. § 8 GrRG-BS i. V. m. § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2016 durch den Verbandsdirektor und aufgrund des Bestätigungsvermerks des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Braunschweig im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2016 wird der Jahresabschluss 2016 beschlossen und dem Verbandsdirektor Entlastung erteilt.
2. Der Jahresüberschuss des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von insgesamt 5 300 104,63 EUR wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2017 vorgetragen.“

Punkt 5

Regionales Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig 2008

hier Neuaufstellung und Bekanntgabe der allgemeinen Planungsabsichten

Berichterstatte: Frau Hahn

Herr Enversen erinnert an die erstmalige Aufstellung eines Regionalen Raumordnungsprogrammes für den Großraum Braunschweig (RROP) 1995. Seinerzeit seien insbesondere die Verbandsglieder sehr skeptisch und zurückhaltend gewesen, was die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes für den gesamten Großraum angehe. Diese Einstellung habe sich zwischenzeitlich deutlich geändert. Das Regionale Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig sei mittlerweile ein anerkannter und akzeptierter Plan für die Raumordnung im Großraum Braunschweig. Er erklärt, dass die Fraktion der SPD dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Lange erklärt für die Fraktion der AfD, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen werde. Er spricht die öffentlich gewordene Diskussion zum Genehmigungsverfahren zwischen dem Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) und dem Regionalverband im Zuge des Verfahrens zur Änderung des RROP zur Festlegung von Vorrangstandorten von Windenergieanlagen an. Diese Form des Umganges von Fachbehörden untereinander sei sehr befremdlich.

Herr Herlitschke kritisiert, dass der Beschluss über die Neuaufstellung des RROP deutlich früher hätte erfolgen müssen und nicht erst zum Ende der Gültigkeit des bestehenden RROP. Allein die bislang fertiggestellten Fachbeiträge, als Grundlage für die Fortschreibung eines neuen RROP, seien heute schon veraltet.

Herr Schramm erklärt für die Fraktion der FDP, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er schließt sich allerdings der Kritik von Herrn Herlitschke an, dass der Start für die Neuaufstellung des RROP eigentlich zu spät komme.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 1 Enthaltung mehrheitlich:

„Der Regionalverband Großraum Braunschweig leitet gemäß §§ 7 ff. des Raumordnungsgesetzes (ROG) vom 22.12.2008 (BGBl. I S.2986) - zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 15 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808) - i. V. m. § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes (NROG) in der Fassung vom 06.12.2017 (Nds. GVBl. S. 456) das Verfahren zur Neuaufstellung des RROP durch die öffentliche Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten ein.“

Punkt 6

Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig

hier: Beschluss des Konzeptes

Berichterstatte: Herr Enversen

Nach seiner Berichterstattung erklärt Herr Enversen für die Fraktion der SPD, dass diese dem Beschlussvorschlag auf der Grundlage der Ergänzungsvorlage 2018/16 – E1 zustimmen werde, wonach der Beschlusstext dahingehend geändert worden sei, dass geplante Umsetzungen des Konzeptes in den Fachausschüssen vorab vorzustellen seien.

Herr Grziwa betont auch noch einmal, dass alle geplanten Umsetzungsmaßnahmen des Konzeptes rechtzeitig vorher im Fachausschuss vorgestellt werden müssen. Im Hinblick auf den damit verbundenen Aufwand erinnert er, dass allen Beteiligten bei der Entscheidung, einen Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig aufzustellen, klar war, dass hiermit eine intensive Mitarbeit der Mitglieder der Verbandsversammlung insbesondere in den Fachausschüssen verbunden sei.

Frau Wockenfuß zeigt sich erfreut über die bisherige konstruktive Mitarbeit aller Beteiligten bei der Erstellung des Masterplans 100% Klimaschutz, insbesondere in den Fachausschüssen. Die Umsetzung bedeute jetzt u. a. auch einen hohen personellen Aufwand. Dieser sei aber unumgänglich, wenn entsprechende Erfolge erzielt werden sollen.

Herr Scherf erklärt für die Fraktion der AfD, dass sinnvolle Umweltschutzprojekte es durchaus Wert seien, unterstützt zu werden. Der Ausbau der Windenergie im geplanten Umfange hingegen werde nicht als sinnvoll erachtet. Nach Auffassung der Fraktion der AfD würden hiervon nur wenige profitieren, die Lasten hätte die Allgemeinheit zu tragen. Ein 100%iger Klimaschutz durch Reduktion der Treibhausgasemission von 95% sei unrealistisch. Die Fraktion der AfD werde deshalb diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Schramm erklärt, seiner Ansicht nach sei der Masterplan 100% Klimaschutz bislang wenig konkret. Deshalb müssten jetzt zügig die Inhalte des Konzeptes umgesetzt werden. Die Fraktion der FDP werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich:

- „1. Die Verbandsversammlung beschließt die Inhalte des Konzeptes „Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig“ als regionale Klimaschutz-Gesamtstrategie (Anlage).
2. Die Verbandsversammlung beschließt als langfristige Klimaschutzziele für den Großraum Braunschweig: Die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 95% und die Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050 gegenüber dem Jahr 1990.
3. Die Verbandsversammlung beauftragt die Verbandsverwaltung mit der weiteren Prüfung, Konkretisierung und Umsetzung der im Masterplan verankerten Maßnahmen im Aufgabenbereich des Regionalverbandes. Geplante Umsetzungen sind in den Fachausschüssen vorab vorzustellen. Sofern eine weitere Finanzierung zur Umsetzung von Maßnahmen nötig sein sollte, stehen diese unter dem Vorbehalt einer gesonderten Beschlussfassung durch den Verbandsausschuss bzw. der Verbandsversammlung.“

Punkt 7

Regionalbahnkonzept 2014+;

Untersuchung von Möglichkeiten zur Optimierung der Infrastruktur der DB Netz AG zur Erhöhung der Bedienungs- und Betriebsqualität im nördlichen Harzvorland – Beauftragung von Planungen

Berichterstatter: Herr Kramer

Herr Abrahms schildert die Problematik auf dem Schienenstreckenabschnitt Vienenburg – Bad Harzburg – Goslar und beklagt den unbefriedigenden Zustand, wie in der Vorlage beschrieben. Er bittet, bei den Überlegungen, wie die Situation künftig verbessert werden könnte, die Option, den Bahnhof Bad Harzburg zum Abstellen von Fahrzeugen vorzusehen, mit einzubeziehen.

Herr Schmidt erklärt (Fraktion der AfD), dass seiner Meinung nach das Grundübel für die Unzulänglichkeiten u. a. auf diesem Schienenstreckenabschnitt der Kostendruck bei der DB AG sei. Seiner Meinung nach, müsse

hier der Regionalverband dringend regulierend eingreifen. Die Fraktion der AfD stimme daher dieser Beschlussvorlage zu.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„Die Verwaltung wird ermächtigt, Ingenieurbüros mit der Vorplanung von Varianten zur Optimierung der Eisenbahninfrastruktur im Korridor Braunschweig – Goslar und Braunschweig – Salzgitter zu beauftragen. Damit sind geschätzte Kosten von 120 – 150 T€ für den Regionalverband verbunden, die über die Haushaltsplanung abgedeckt sind.

Darauf aufbauend sollen gemeinsam mit der DB Netz AG konkrete Maßnahmen abgeleitet werden, die Eingang im Nahverkehrsplan 2020 und im SPNV-Konzept 2030+ Eingang finden. Schließlich dient die maßnahmenscharfe Betrachtung mit Blick auf deren Umsetzung als Basis für die Beantragung von Fördermitteln gegenüber dem Bund und dem Land sowie der Beibringung von Eigenmitteln der DB AG. Dafür bedarf es zudem einer belastbaren Wirtschaftlichkeitsberechnung bzw. Kosten-Nutzen-Relation.“

Punkt 8

Realisierung von Radschnellwegen im Großraum Braunschweig

Berichterstatter: Herr Herlitschke

Nach seiner Berichterstattung erklärt Herr Herlitschke für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sie dieser Beschlussvorlage zustimmen werden.

Herr Hans-Georg Bachmann erklärt für die Fraktion der SPD, dass die Realisierung von Radschnellwegen im Großraum Braunschweig zukunftsweisend sei. Radschnellwege seien ein guter Beitrag zum Thema 100% Klimaschutz im Großraum Braunschweig. Die Fraktion der SPD werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 2 Enthaltungen mehrheitlich:

„Die Verbandsversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 4 und 5 des Gesetzes über den Regionalverband „Großraum Braunschweig“ in der Fassung vom 02.03.2017, dass die Verwaltung im Sinne der von den Verbandsmitgliedern Stadt Braunschweig, Stadt Wolfsburg und Landkreis Helmstedt einerseits und von den Verbandsmitgliedern Stadt Braunschweig, Stad Salzgitter und Landkreis Wolfenbüttel andererseits gestellten Anträge vom 18.04.2018 folgender Aufgabe zur Realisierung der Radschnellverbindungen Braunschweig – Lehre – Wolfsburg sowie Braunschweig – Salzgitter/Wolfenbüttel übernimmt:

- Projektsteuerung
- Gesamtkoordination
- Antragstellung und Abrechnung gegenüber Fördermittelgebern.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der finanziellen Aufwendungen des Regionalverbandes einen Vertrag mit den beteiligten Gebietskörperschaften vorzubereiten, der die Einzelheiten regelt und diesen dem Verbandsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sofern weitere Verbandsglieder ebenfalls die Übernahme der o. g. Aufgaben durch den Regionalverband beantragen, wird dem gefolgt und es bedarf hierzu keiner weiteren Beschlussfassung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, für die Wahrnehmung dieser und anderer der Förderung des Radverkehrs im Verbandsgebiet dienenden Aufgaben eine zusätzliche Stelle einzurichten.“

Punkt 9

Anträge

9.1

Kosten-Nutzen-Bewertung der Reaktivierung der Bahnstrecke Braunschweig – Harvesse
- gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU -

Herr Herlitschke begründet den Antrag. Nachdem nunmehr nachgewiesen sei, dass der Messbetrieb der Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB) mit dem dortigen Schienenverkehr grundsätzlich vereinbar sei, sollten die anzustellenden Untersuchungen zur Reaktivierung des Streckenabschnittes Braunschweig – Harvesse nun auch die Personenbeförderung auf der Schiene berücksichtigen. Das Interesse in der Bevölkerung sei hoch.

Herr Bratmann stimmt den Ausführungen von Herrn Herlitschke zu. Der „Spargelexpress“ sei eine interessante Sache. Allerdings müsse man die mit einem Betrieb auf diesem Schienenstreckenabschnitt verbundene mögliche Lärmentwicklung ernst nehmen. Er sei davon überzeugt, dass die bisherige Nutzen-Kosten-Bewertung einer möglichen Reaktivierung dieses Schienenstreckenabschnittes gegenüber der bisher vorliegenden Untersuchung verbessert werden könne. In der Zwischenzeit sei die Bevölkerungszahl in Braunschweig gestiegen, die verkehrlichen Probleme größer und die Pendlerverkehre seien deutlich stärker als zum Zeitpunkt der zurückliegenden Nutzen-Kosten-Analyse. Die Fraktion der SPD werde diesem Antrag deshalb zustimmen.

Herr Kramer erinnert, dass es bereits vor Jahren einen entsprechenden Bürgerentscheid für die Reaktivierung dieses Schienenstreckenabschnittes gegeben habe und sich dabei eine Mehrheit für die Reaktivierung ausgesprochen habe. Ob sich zwischenzeitlich die Parameter bei einer Neubewertung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses soweit verbessert haben, die eine Reaktivierung der Strecke realistisch erscheinen lasse, würden entsprechende Untersuchungen zeigen. Die Fraktion der CDU stimme dem Antrag ebenfalls zu.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„Der gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU zur Kosten-Nutzen-Bewertung der Reaktivierung der Bahnstrecke Braunschweig – Harvesse wird angenommen.“

(Protokollnotiz: Der Antrag wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.)

9.2

Einhaltung der 5 km Schutzzone Elm

- Antrag der Fraktion der AfD -

Herr Scherf begründet den Antrag. Seiner Auffassung nach werde der Bürgerwille bei der Festlegung von Vorrangstandorten von Windenergieanlagen in der Schutzzone Elm nur unzureichend berücksichtigt. Hier müsse der Verband besser steuern. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die 5 km Pufferzone um den Elm, wie sie bislang bestand, nicht erhalten geblieben sei. Er gehe nicht davon aus, dass die Rückkehr zur Einhaltung der 5 km Schutzzone Elm zu einer erneuten Offenlage der Planunterlagen führe.

Herr Plonz erklärt, er könne sich in diesem Punkt der Argumente der Fraktion der AfD nicht verschließen und werde sich deshalb der Stimme enthalten.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich:

„Der Antrag der Fraktion der AfD
'Einhaltung der 5 km Schutzzone Elm'
wird abgelehnt.“

9.3

Berücksichtigung der WEA außerhalb des Regionalverbandes bei dem Mindestabstand von 5 km zwischen Vorranggebieten für Windenergienutzung

- Antrag der Fraktion der AfD -

Herr Scherf begründet den Antrag.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich:

„Der Antrag der Fraktion der AfD
'Berücksichtigung der WEA außerhalb des Regionalverbandes bei dem Mindestabstand von 5 km zwischen Vorranggebieten für Windenergienutzung'
wird abgelehnt.“

9.4

Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land

- Antrag der Fraktion DIE LINKE, gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU und Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Herr Volkmann begründet den Antrag der Fraktion DIE LINKE. Seiner Ansicht nach sollte es möglich sein, von den ca. 100 Mio. € an Finanzmitteln nach § 7 NNVG, die die Region erhalte, einen Teil dafür zu verwenden, ein Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land für Bedürftige zu finanzieren. Auch wenn der Regionalverband nicht für Sozialpolitik zuständig sei, sollte darüber nachgedacht werden, ein Sozialticket verbandsweit einzuführen. Herr Volkmann kritisiert an dem vorgelegten gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU, dass danach die Problematik wieder auf die Verbandsglieder abgewälzt werde. Auch wenn es erfreulich sei, dass sich der Landkreis Wolfenbüttel beim Thema Sozialticket engagiere, reiche dies nicht aus.

Frau Retzlaff begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. Sie stellt heraus, dass die Zuständigkeit bei Finanzierungsfragen des ÖPNV beim Regionalverband und bei den Gebietskörperschaften liege. Vor diesem Hintergrund müsse man bei der Einführung eines Sozialtickets einheitliche Regeln entwickeln. Es sei jedenfalls nicht Aufgabe des Regionalverbandes für die Kosten, die mit der Einführung eines Sozialtickets verbunden seien, einzustehen.

Herr Herlitschke begründet den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gehe der Antrag der Fraktion DIE LINKE in die richtige Richtung, aber zu weit. Es müssten Kriterien festgelegt werden, die allen Betroffenen gerecht werden. Es sei nicht Aufgabe des Regionalverbandes, den „Hartz IV-Regelsatz“ zu subventionieren. Bei dem gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und CDU vermisse er aber Aussagen darüber, wie denn ein Sozialticket finanziert werden solle. Wenn die Einführung eines Sozialtickets von den Verbandsgliedern bestimmt werden könne, so stehe zu befürchten, dass die Verbandsglieder, denen es finanziell gut gehe, sich das Angebot eines Sozialtickets leisten könnten, andere hingegen nicht. Daher sei zu überlegen, ob ein verbundweites Sozialticket nicht über die Verbandsumlage zu finanzieren sei. Auf jeden Fall müssten verbandsweit die gleichen Bedingungen gelten.

Frau vom Hofe erklärt für die Fraktion der AfD, dass es nicht Aufgabe des Regionalverbandes sei, für die Kosten eines Sozialtickets aufzukommen.

Herr Schramm erklärt, er unterstütze den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wenn man eine Region sein wolle, müsste man auch entsprechende Entscheidungen treffen.

Herr Manlik verweist auf das Gesetz über den Regionalverband Großraum Braunschweig. Von daher gebe es für den Verband überhaupt keine Zuständigkeit was die Übernahme von Kosten bei Einführung eines Sozialtickets angehe.

Herr Tanke lässt abschließend über den Antrag der Fraktion DIE LINKE, den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU abstimmen.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich:

„Der Antrag der Fraktion DIE LINKE
‘Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land’
wird abgelehnt.“

Die Verbandsversammlung beschließt bei 10 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich:

„Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
‘Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land’
wird abgelehnt.“

Die Verbandsversammlung beschließt bei 10 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich:

„Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU
‘Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land’
wird angenommen.“

(Protokollnotiz: Der gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD und CDU „Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land“ ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Herr Tanke die Sitzung um 19.18 Uhr.

Tanke
Verbandsvorsitzender

Brandes
Verbandsdirektor

Tegethoff
Protokollführer